PB.W-01-573

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Leipzig
Beschlussdatum:	27.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 572 bis 575:
Haushalt deutlich aus und statten ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die Einnahmen des CO_2-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik ~~und~~, Digitalkonzernen und ~~möglichst~~ auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu geschaffenen Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt, ermöglichen so

Begründung

Eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ist sicherlich ein ambitioniertes Vorhaben, die Interessenslage der unterschiedlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein großes Hindernis. Dennoch sollte in unserem Wahlprogramm klar benannt werden, dass für uns eine Finanztransaktionssteuer ein zentrales Ziel ist. Es geht hier Schätzungen zufolge um 110 - 250 Milliarden Euro[1], die der Europäischen Union derzeit weitestgehend unbesteuert entgehen. Eine Finanztransaktionssteuer hat das Potential eine gerechtere Verteilung von Ressourcen zu begünstigen. Und sie hat das große Potential, der EU die nötigen finanziellen Mittel für ihre Weiterentwicklung und kluge Investitionen in einen Green New Deal zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen sollten uns deswegen als klares politisches Ziel deutlich für eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene aussprechen.

[1] https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_2_2010.pdf